

de. Auch dies Unternehmen genießt eine Befreiung von Steuern.

Der Präsident der neu gegründeten Great Wall Asset Management Corp. kündigte an, daß die Auffanggesellschaft versuchen würde, einen hohen Anteil der uneinbringlichen Kredite durch Umstrukturierung und Verkauf der Vermögenswerte der Unternehmen, durch Umwandlung der Schulden in Wertpapiere, durch Börsennotierung und andere Methoden zurückzugewinnen.

Die ABC ist die größte Bank für die ländliche Wirtschaft. Uneinbringliche Kredite konzentrieren sich in erster Linie auf Unternehmen im Eigentum der Gemeinden oder auf andere nichtlandwirtschaftliche Unternehmen in den ländlichen Gebieten. (SCMP, 19.10.99)

Als vierte Auffanggesellschaft einer Bank wurde am 20.10.99 die China Huarong Asset Management Company von der Industrial and Commercial Bank of China gegründet. Ebenso wie die anderen Auffanggesellschaften beginnt die Huarong mit einer Ausstattung des Finanzministeriums in Höhe von 10 Mrd. Yuan.

An einem Schuldenswap waren Ende Oktober gleich mehrere Auffanggesellschaften beteiligt. Hierbei ging es um Schulden der Zhejiang Chemical Fiber Co. Ltd. mit einem Volumen von 720 Mio. Yuan. Davon wurden 500 Mio. Yuan auf die China Orient, 88 Mio. auf die Cinda, und 18 Mio. auf die Huarong übertragen; Schulden in Höhe von 120 Mio. Yuan wurden von der State Development Bank übernommen. Nach dem swap werden die Auffanggesellschaften und die State Development Bank einen Anteil von 70% der Aktien des Unternehmens halten; der Verschuldungsgrad des Unternehmens sinkt im Gegenzug von 94,3% auf 45%. (XNA, 30.10.99)

Ende September belief sich das gesamte Kreditvolumen auf 9.000 Mrd. Yuan. Nach Angaben des Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong beläuft sich der Anteil der uneinbringlichen Kredite auf rd. 10%. Westliche Analysten kommen zu weitaus höheren Anteilen, und zwar abhängig von der jeweiligen Klassifikation der Kredite. Mit der Gründung der Auffanggesellschaft wird das Ziel verfolgt, die

vier Staatsbanken von ihren uneinbringlichen Krediten zu entlasten und damit ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen. (XNA, 20.10.99) Nach offiziellen Angaben sollen bereits 500 Unternehmen einen Antrag gestellt haben, über die Auffanggesellschaft ihre Schulden umzustrukturieren. (SCMP, 19.10.99)

Daß auch Gefahren mit der Gründung der Auffanggesellschaften und ihren Umstrukturierungsaktivitäten verbunden sind, darauf wies Yi Gang vom Economic Research Centre der Beijing University hin. Yi Gang zufolge hätten eine Reihe von Unternehmen ihre Schuldenrückzahlung in der Hoffnung eingestellt, demnächst ihre Schulden in Wertpapiere umgewandelt zu sehen. Durch die Eingriffe der Zentral- sowie der Lokalregierungen sei außerdem zu befürchten, daß die Banken nur schwer ihre Kredite zurückfordern und keine wirkungsvolle Umstrukturierung von Schulden in Wertpapiere durchgeführt werden kann. (SCMP, 13.10.99)

Die vier Auffanggesellschaften nochmals im Überblick:

- Cinda Asset Management Corp., gegründet von der China Construction Bank
- China Orient Asset Management Corp., gegründet von der Bank of China
- Great Wall Asset Management Corp., gegründet von der Agricultural Bank of China
- China Huarong Asset Management Corp., gegründet von der Industrial and Commercial Bank of China

-schü-

27 Ausweitung der Börsennotierung

Die bisherige Anzahl der Börsennotierungen soll im nächsten Jahr um mehr als 150 Unternehmen vergrößert werden, um notwendige Mittel zur Modernisierung über den Kapitalmarkt aufzubringen. Mit einem Reaktivieren des Wertpapiermarktes will die Regierung die erforderliche Bereitschaft bei den privaten und institutionellen Anlegern schaffen, verstärkt Aktien zu kaufen.

Die Zahl der börsennotierten Unternehmen lag 1997 bei 745 und stieg bis Ende 1998 auf 851 Unternehmen; davon waren 438 in Shanghai und 413 in Shenzhen notiert. Die Börsenkaptalisierung lag bei 1.951 Mrd. Yuan (235 Mrd. US\$). Von den Unternehmen emittierten im Jahre 1998 lediglich 105 Unternehmen auch sogenannte B-Aktien für den Kauf durch ausländische Investoren.

Die Nachfrage am Aktienmarkt war in den letzten Jahren eher verhalten. Als Gründe hierfür gelten u.a. die geringe Transparenz des Marktes, die mangelnde Qualität der Unternehmen sowie die finanziellen Probleme der sogenannten „itics“ (International Trust and Investment Corp.). Mit dem zum 1.7.99 in Kraft getretenen Wertpapiergesetz soll größere Transparenz und Sicherheit geschaffen werden. So sieht das Gesetz vor, daß die Unternehmen nicht nur die Gewinne, sondern auch andere Geschäftsinformationen wie z.B. Investitionen, Zukäufe und Strategie veröffentlichen müssen. Das Gesetz untersagt außerdem den staatseigenen Unternehmen, mit Aktien zu handeln.

Um den Aktienmarkt zu beleben, sollen demnächst auch A-Aktien für ausländische Investoren zugänglich sein, und B-Aktien auch von nichtstaatlichen Unternehmen emittiert und von inländischen Anlegern gekauft werden dürfen. (NfA, 7.10.99) Zugang zum A-Aktienmarkt sollen zunächst ausländische Versicherungsgesellschaften erhalten, die in Aktienfonds investieren dürfen. (SCMP, 29.10.99) -schü-

SVR Hongkong

28 Dritte Regierungserklärung Tung Chee-hwas

Am 6. Oktober gab der Regierungschef der SVR Hongkong Tung Cheehwa (Dong Jianhua) vor der Legislativversammlung seine dritte Regierungserklärung (*policy address* bzw. *shizheng baogao*) seit der Übergabe Hongkongs an die VR China im Jahr 1997 ab.

Tung Chee-hwas Regierungserklärungen setzen die Tradition der Oktober-Ansprachen fort, wie sie zu Beginn der neunziger Jahre von Chris Patten, dem Gouverneur der britischen Kronkolonie, etabliert worden war. Vor 1997 hatten sich die öffentlichen Erwartungen vor dem Hintergrund reichlicher Budgetmittel jeweils auf neue fiskalische Ausgabenprogramme gerichtet, die regelmäßig in der Oktoberansprache verkündet wurden (SCMP, 7.10.99). Seit 1997 hingegen bestimmt - unter dem Eindruck des politischen Systemwechsels und der asiatischen Finanzkrise - die Frage nach der Rolle staatlicher Aktivität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich die Erwartungen. So wurden die Regierungserklärungen Tung Chee-hwas in den zurückliegenden beiden Jahren von vielen als Signal einer zunehmend interventionistischen staatlichen Politik verstanden, welches lang gehegte Befürchtungen über eine Abkehr von der *laissez-faire*-Politik der britischen Kronkolonie bestätigte (vgl. C.a., 1997/10, Ü 26, 1998/10, Ü 23).

Die in der englischen Übersetzung 40-seitige Erklärung mit dem Titel „Quality People, Quality Home. Positioning Hong Kong for the 21st Century“ deckte, wie in den beiden Vorjahren, ein breites Spektrum an administrativen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Politikbereichen ab. Im Unterschied zu den letzten Erklärungen wurde jedoch allgemein positiv vermerkt, daß in diesem Jahr ein klarer programmatischer Fokus auf die Aspekte der Umweltschutz- und Bildungspolitik gelegt wurde (XNA, 8.10.99; SCMP, 6., 7.10.99; AWSJ, 7.10.99).

Tung Chee-hwa entwickelte in seiner Erklärung als übergeordnetes visionäres Ziel, Hongkong im 21. Jahrhundert zu einer internationalen Metropole ersten Ranges, einer „world-class city“ zu entwickeln, die sich als regionales Zentrum für Südchina bzw. Asien mit New York und London vergleichen könne. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung und des wirtschaftlichen Umbruchs in der Region lägen die beiden wesentlichen Bedingungen für die Erreichung dieses Ziels in der „cultivation of talents for a knowledge-based society“, also der Heranbildung von Humankapital, und in einer nachhaltigen ökologischen

und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Den beiden Bereichen der Bildung und des Umweltschutzes widmete Tung jeweils lange und konkrete Ausführungen (vgl. die folgende Übersicht).

Unter den Vorteilen und Chancen, die es für die zukünftige Entwicklung Hongkongs strategisch zu nutzen gelte, nannte Tung Chee-hwa an erster Stelle die enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem chinesischen Festland. Diesem Thema hatte er bereits in der Regierungserklärung des letzten Jahres breiten Raum gewidmet. Angesichts des ungebrochen hohen Wirtschaftswachstums und der fortgesetzten Wirtschaftsreformen in der VR China bestehe ein enormes Potential der Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Entwicklung und Vermarktung neuer Hochtechnologien, allen voran der Informationstechnologie. Hoffnungen für eine langfristig positive Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation setzte Tung dabei in den Beitritt der VR China zur WTO, zu dessen Unterstützung eine Kontaktgruppe zwischen den zuständigen Hongkonger und Beijinger Behörden auf ministerieller Ebene eingesetzt worden ist. Darüberhinaus soll ein neues gemeinsames Komitee zwischen dem Beijinger Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Hongkonger Büro für Handel und Industrie zur Förderung der wirtschaftlichen Kooperation gebildet werden.

Als konkretes Kooperationsprojekt benannte Tung auch die gemeinsame Entwicklung des Großraums Guangzhou, Hongkong, Macao, Shenzhen und Zhuhai („Pearl River Delta Region“). Mit der Rückgabe Macaos an die VR China zu Ende dieses Jahres wird mit einer steigenden wirtschaftlichen Dynamik in der gesamten Region gerechnet, die es systematisch zu entfalten gelte.

Weitere strategische Vorteile bei der Entwicklung der Stadt zur internationalen Metropole sah Tung im Charakter Hongkongs als „Schmelztiegel“ chinesischer und westlicher Kulturen, seinen hochgradigen liberalen und offenen Gesellschaftsstrukturen und gut entwickelten politischen Institutionen.

Hinsichtlich der Rolle des Staates im Wirtschaftsablauf erklärte Tung, daß

sich die Regierung der SVR auf eine Tradition von „fiscal prudence and small government“ berufe. Eingriffe in die Wirtschaft seien nur dort vorgesehen, wo die Marktmechanismen versagten. Vor dem Hintergrund seiner Eingangsschilderung einer Erholung der Hongkonger Wirtschaft aus der durch die asiatische Finanzkrise ausgelösten Rezession implizierte diese Aussage eine geplante Rücknahme konjunkturpolitischer Aktivitäten der Regierung (vollständige englische Übersetzung der Regierungserklärung im Internet: www.info.gov.hk/pa99/english/speech.htm).

Die Reaktionen auf die Regierungserklärung fielen kontrovers aus. Zahlreiche Kommentatoren der Hongkonger Presse lobten die Erklärung als Signal einer Rückkehr zur *laissez-faire*-Politik, die Hongkong in der Vergangenheit zu seinem großen Wohlstand verholfen habe. Zwar handle es sich dabei weniger um eine aktive Entscheidung der administrativen Selbstbeschränkung, sondern vielmehr um eine „Tugend in der Not“ angesichts eines defizitären Haushalts; dennoch sei die geplante Abkehr vom Interventionismus der vergangenen zwei Jahre sehr zu begrüßen (vgl. etwa die verschiedenen Kommentare in SCMP, 7., 8.10.99; *Jingbao*, 1999/11, S.6/7).

Demgegenüber wurde von anderen, stärker popularistisch orientierten Stimmen kritisiert, daß Tung in seiner Erklärung drängende Probleme des wirtschaftlichen Lebens der Stadt vernachlässigt habe. Insbesondere das Problem der Arbeitslosigkeit, die auf einem historischen Rekordniveau von über 6% verharre, habe nicht die gebührende Aufmerksamkeit erhalten. Viele Hongkonger Bürger zeigten sich daher von der geringen inhaltlichen Substanz und dem Mangel an Vorschlägen zur Lösung der realen Probleme Hongkongs enttäuscht (SCMP, 25., 27.10.99; *Zhengming*, 1999/11, S.64/65).

Laut einer der seriöseren unter den zahlreichen Meinungsumfragen zur Resonanz von Tungs Ansprache in der Hongkonger Bevölkerung sei das allgemeine Interesse an der Regierungserklärung im Vergleich zu den Vorjahren merklich gesunken. Hatten im Jahr 1998 60% angegeben, den Inhalt der Erklärung nicht wahrgenommen

zu haben, war diese Zahl in diesem Jahr auf 74% gestiegen. Die abnehmende Resonanz sei aber auch darauf zurückzuführen, daß Tung Chee-hwa anders als im letzten Jahr diesmal darauf verzichtet habe, sich im Anschluß an die Erklärung einer im Abendprogramm des Fernsehens live übertragenen Debatte zu stellen (SCMP, 12.10.99).

In der öffentlichen Wahrnehmung wurde die Regierungserklärung außerdem überschattet von einer Verschärfung des schwelenden Konflikts zwischen Tung Chee-hwa und Vertretern der Demokratischen Partei. Diese entzündete sich am Tag nach der Erklärung anlässlich einer Aussprache zwischen Tung und den „Demokraten“ in der Legislativversammlung an der Frage des Gedenkens an den 4. Juni 1989. Im Rahmen eines Wortgefechts über den „Wert“ der Demokratischen Partei hatte sich ein Mitglied der Legislativversammlung kurzerhand entschlossen, auf einer Pressekonzferenz am folgenden Tag den Inhalt einer privaten Unterredung zwischen Tung Chee-hwa und Szeto Wah (Situ Hua), dem Führer der „Hong Kong Alliance in Support of the Patriotic Democratic Movement in China“ im April d.J. öffentlich zu machen. Danach habe Tung Szeto nahegelegt, in diesem Jahr auf die „Kerzenschein-Mahnwache“ zum Gedenken der Niederschlagung der Demokratiebewegung, die seine Allianz in den vergangenen Jahren regelmäßig organisiert hatte, zu verzichten, wenn die Demokratische Partei die Sympathie der Beijinger Führung gewinnen wolle. Öffentlich zu dieser Mahnung befragt, habe Tung entgegnet, er habe nur wie auch schon zu früheren Gelegenheiten empfohlen, die „Last des 4. Juni abzulegen“ und als historisches Ereignis auf sich beruhen zu lassen.

Diese Enthüllung schlug in den demokratischen Kreisen Hongkongs starke Wellen der Empörung, die die öffentliche Debatte über Tung Chee-hwas Regierungserklärung überdeckten. Aus Sicht von Befürwortern Tung Chee-hwas handelte es sich um eine gezielten „Sabotageakt“ von Vertretern der Demokratischen Partei, die in Ermangelung substantieller Kritikpunkte an Tungs Ansprache Zuflucht zum „Dauerbrenner“-Thema der Menschenrechte suchten (SCMP, 10.10.99;

vgl. die ausführlichen Kommentare zu diesem Vorfall in SCMP, 8.-12., 14., 18.10.99; *Zhengming*, 1999/11, S.62/63; IHT, 13.10.99). -hol-

29 Tungs dritte Regierungserklärung: Priorität für Bildung und Umweltschutz

In seiner dritten Regierungserklärung am 6.10.99 kündigte Tung Chee Hwa an, daß Bildungswesen und Umweltschutz in Hongkong höchste Priorität zukommen solle. Die Schwerpunkte, die er für das Bildungswesen setzte, umfaßten folgende Punkte:

- Im gesamten Bildungswesen muß der Verbesserung der Elementarbildung größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Die Schulen sollen mehr Eigenverantwortung und Entscheidungsbefugnisse erhalten. Damit verbunden ist zugleich eine Verschlankung der Verwaltungsstruktur.
- Die ganztägige Grundschule soll verstärkt eingeführt werden. Der Anteil der Grundschüler, die eine Ganztagschule besuchen, hat sich von 19% im Jahre 1997 auf 32% in diesem Jahr erhöht. Bis zum September 2002 soll der Anteil verdoppelt, d.h. auf 60% erhöht werden. Langfristiges Ziel ist die Einführung der Ganztagschule für nahezu alle Grundschüler bis zum Schuljahr 2007/08.
- Als Maßnahme zur Einführung von Qualitätsbildung hat die Regierung einen Fonds für Qualitätsbildung mit 5 Mrd. HKD eingerichtet. Aus diesem sollen innovative Unterrichts- und Lernmethoden an den Schulen finanziert werden. Bislang wurden aus dem Fonds 1.000 Projekte mit 580 Mio. HKD unterstützt. Die Projekte haben dazu beigetragen, die Lehr- und Lernmethoden effektiver zu gestalten, und ermutigen Lehrer und Schulleiter zur Erprobung weiterer kreativer Unterrichtsmethoden.
- Die Regierung betrachtet die Einführung von Informationstechnologie (IT) an den Schulen als wich-

tiges bildungspolitisches Ziel. Seit Verkündung einer Fünf-Jahres-Strategie zur Einführung von IT im November 1998 vergibt die Regierung Darlehen an Schulen zum Kauf von Computern; außerdem hat sie 120 Schulen mit einem IT-Koordinator ausgestattet und mit Ausbildungsprogrammen in IT für Lehrer begonnen. In den nächsten fünf Jahren sollen Hongkonger Schüler in die Lage versetzt werden, IT allgemein anzuwenden, das Internet zu benutzen und so ausgestattet zu sein, daß sie lebenslanges Lernen mit Kreativität praktizieren können.

- Die Regierung hat ein umfassendes Ausbildungsprogramm für Schulleiter eingerichtet. Das erste Programm soll im Schuljahr 2000/01 beginnen. Alle neu ernannten Schulleiter müssen künftig solch eine Zusatzausbildung durchlaufen haben. (HK XNA, 7.10.99)

Die Ausführungen zum Bildungswesen blieben relativ allgemein, weil die Diskussionsphase in der Öffentlichkeit über die Bildungsreform noch in vollem Gange ist (vgl. C.a., 1999/9, Ü 33).

Ausführlicher ging Tung auf den zweiten Schwerpunkt, den Umweltschutz, ein. Er stellte fest, daß nach einer jüngsten Erhebung sich nur 2% der Hongkonger Bevölkerung um Umweltschutz kümmern, und rief die Medien auf, dazu beizutragen, daß sich diese Situation ändere. Gesetze und Verordnungen allein könnten nichts bewirken, solange sich das Denken nicht grundlegend wandle, sagte Tung. Als Ziel nannte er, für die Hongkonger Bürger eine angenehme und gesunde Lebensumwelt zu schaffen und Hongkong zu einem „grünen Vorbild“ in Asien zu machen. Die Umweltpolitik wird sich in den kommenden Jahren auf die Reduzierung der Luft- und Wasserverschmutzung konzentrieren. Für die Verbesserung der Luft- und Wasserqualität will die Regierung in den nächsten zehn Jahren 30 Mrd. HKD bereitstellen. Als erste Maßnahmen sind die schrittweise Abschaffung von Dieseltaxis bis 2006, die Einführung der Euro-Standards für Dieselfahrzeuge sowie die Reduzie-

zung der Autoabgase allgemein vorgesehen. (HK XNA, 7.10.99) Zur Verbesserung der Wasserqualität kündigte Tung ein „Strategisches Abwasserprojekt“ (Strategic Sewage Disposal Scheme) mit Investitionen von insgesamt 3,36 Mrd. HKD an. In einer ersten Stufe soll ein massives Tunnelnetz 150 Meter unter der Oberfläche Kowloons gebaut werden. Weiterhin zählen zu dem Projekt eine Abwasseraufbereitungsanlage auf Stonecutters Island und eine Unterwasser-Pipeline zur Abwasserentsorgung von Victoria Harbour ins westliche Meer. (HK XNA, 7.10.99)

Viele der Hongkonger Umweltprobleme sind nur in Zusammenarbeit mit der angrenzenden Provinz Guangdong zu lösen. Aus diesem Grunde sind die Hongkonger Regierung und die Guangdonger Provinzregierung übereingekommen, gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Umwelt in der Perlfußregion zu unternehmen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene gemeinsame Arbeitsgruppen gegründet, z.B. über nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz, Aufforstung, Wasserzufuhr und Kfz-Verkehr. (HK XNA, 7.10.99)

Allgemein wurde begrüßt, daß Tung Chee Hwa mit Bildung und Umwelt zwei wichtige Problemkreise angesprochen hat, die für die zukünftige Entwicklung der Stadt von herausragender Bedeutung sind. Bemängelt wurde allerdings, daß die meisten Vorhaben im Umweltschutz zu allgemein gehalten waren und keine unmittelbaren Maßnahmen angekündigt wurden (SCMP, 7.10.99). -st-

30 **Wieviele Festländer haben Anspruch auf Aufenthaltsrecht?**

Die Frage des Zustroms von Festländern, die permanentes Aufenthaltsrecht in Hongkong beanspruchen können, bewegt die Hongkonger Bevölkerung weiterhin. Dabei geht es jetzt hauptsächlich um den Zuzug von Kindern. Im Basic Law ist in Art. 24 (3) festgelegt, daß Kinder von Hongkonger Bürgern, die außerhalb Hongkongs geboren sind, permanente Bürger Hongkongs sein können. Ein Hongkonger Gericht hatte im Januar 1999 diesen Artikel dahingehend ausgelegt,

daß alle Kinder, ganz gleich, ob ehelich oder unehelich geboren, permanentes Aufenthaltsrecht beanspruchen können, sofern mindestens ein Elternteil Hongkonger Bürger ist (vgl. C.a., 1999/2, Ü 31). Aus Sorge, Hongkong könne infolge dieses Urteils mit einer Flut von aufenthaltsberechtigten Kindern vom Festland konfrontiert werden, ließ die Hongkonger Regierung die relevanten Artikel des Basic Law durch das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses der VR China auslegen. Laut Art. 158 des Basic Law ist dieses autorisiert, das Basic Law auszulegen. Ganz im Sinne der Hongkonger Regierung legte der Ständige Ausschuß des NVK die entsprechenden Artikel eng aus, d.h. die Zuzugsberechtigung wurde strikt begrenzt (vgl. C.a., 1999/6, Ü 26).

Wie sich jetzt herausstellte, hat die Hongkonger Regierung bei diesem Verfahren mit weit überhöhten Zahlen argumentiert. Sie verwendete eine Zahl von 1,6 Mio. geschätzten Festländern, die Anspruch auf permanenten Aufenthalt hätten. Diese Zahl stammt aus einer Erhebung, die das Census and Statistics Department im Auftrag der Regierung durchführte. Die Erhebungsmethoden waren von Anfang an in der Öffentlichkeit kritisiert worden. Im Oktober wurde bekannt, daß nach einer von einer Menschenrechtsorganisation in Auftrag gegebenen Erhebung der Anteil der Berechtigten nur etwa ein Drittel der von der Regierung verwendeten Zahl ausmacht, nämlich 562.000. Diese Ziffer entspricht fast genau den ursprünglich von der Regierung geschätzten 560.000 Anspruchsberechtigten. In dieser ursprünglichen und der jetzt vorgelegten neuen Schätzung wurde ermittelt, daß auf rund neun eheliche ein uneheliches Kind kommt. Der Zahl von 1,6 Mio. hingegen liegt die Schätzung zugrunde, daß auf ein eheliches 2,68 uneheliche Kinder kommen. (SCMP, 19. u. 25.10.99)

Eine erneute Erhebung, die die von der Menschenrechtsorganisation verwendeten Zahlen bestätigen könnte, scheint die Regierung jetzt abbrechen und geheimhalten zu wollen. Sie hält an der Zahl von 1,6 Mio. fest (SCMP, 25.10.99). Dies wird in den Medien scharf kritisiert; man wirft der Regierung vor, mit dieser hohen Zahl Stimmung gegen Zuwanderung vom

Festland zu machen. So scheint denn auch die Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung in dieser Frage hinter der Regierung zu stehen. Nicht nur für Menschenrechtsverfechter, sondern auch für Juristen hat die Frage jedoch weitreichende Bedeutung für die Hongkong im Basic Law zugesicherte Autonomie und „rule of law“. Mit Spannung wird deshalb der Ausgang eines Prozesses erwartet, der Ende Oktober vor einem Hongkonger Gericht begann und in dem 17 Personen unter Verweis auf das Urteil vom Januar ihr Aufenthaltsrecht einklagen (SCMP, 26.10.99). Das Urteil entscheidet über das Schicksal von Tausenden von Migranten. -st-

Macau

31 **24 Richter ernannt**

Wie das Büro des designierten Regierungschefs Edmund Ho Hau Wah am 7. Oktober bekanntgab, sind 24 Richter der Gerichtshöfe der künftigen SVR Macau (SVRM) auf Empfehlung eines siebenköpfigen Unabhängigen Komitees, das aus einem amtierenden Richter, einem Rechtsanwalt und fünf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besteht, ernannt worden. Dazu gehören die drei Richter des Obersten Berufungsgerichts (Court of Final Appeal), die fünf Richter des Gerichts zweiter Instanz (Vermittlungsgericht, Court of Second Instance, intermediate court), die 14 Richter des Gerichts erster Instanz (Court of First Instance, primary court) und die zwei Richter des Verwaltungsgerichts (administrative court). Der designierte Regierungschef Edmund Ho Hau Wah wird die Richter am 20. Dezember offiziell ernennen. Viele der 24 Richter sind erst Anfang 30 (Zum Vergleich: In Hongkong beträgt das Durchschnittsalter etwa 60 Jahre.) und haben erst vor ein paar Jahren diesen Beruf ergriffen. Die Hongkonger Zeitung *South China Morning Post* vermerkte süffisant, Macau komme die zweifelhafteste Ehre zu, nach der Rückgabe eines der jüngsten und unerfahrensten Richterteams in der Welt zu haben. (SCMP, 16.10.99)